



Dr. Birgit Malecha-Nissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Unkonventionelles Fracking wird verboten: Erfolg im Bundestag

Bundestagsabgeordnete Dr. Malecha-Nissen begrüßt das verabschiedete Gesetzespaket

Berlin, 24.06.2016

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

Zum heute verabschiedeten Gesetzespaket über ein umfassendes Fracking Verbot erklärt die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen:

„Ich freue mich sehr, dass nach über einjähriger Vorbereitung und langen Diskussionen nun endlich ein umfangreiches Gesetzespaket zur Fracking Problematik mit großer Mehrheit im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Ich engagiere mich schon lange für dieses Gesetz, da es sich nun mit allen relevanten Aspekten des Frackings befasst und unkonventionelles Fracking umfangreich verbietet. Es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem nachhaltigen Schutz der Natur, des Lebensraums und des Trinkwassers.“

Das Gesetzespaket umfasst im Einzelnen:

Vollständiges und unbefristetes Verbot des unkonventionellen Frackings. Hierbei handelt es sich um ein komplexes technisches Verfahren, durch das Schiefergas aus undurchlässigem Gestein gelöst und somit Energie gewonnen wird. Dieses Gas lagert zumeist in mehreren Kilometern Tiefe und wird durch horizontale Bohrungen unter Einwirkung von hohem Druck und einem Gemisch aus Wasser, Quarzsand und Chemikalien aus dem Gestein heraus gepresst. Dieses Verfahren darf nun nicht mehr angewandt werden; ein riesiger Fortschritt gegenüber der bisherigen Rechtslage, nach der bei vorliegenden Anträgen Genehmigungen hätten erteilt werden können. Aufgrund der konsequenten Haltung der schleswig-holsteinischen Landesregierung wurden bei uns im Land bisher keine Genehmigungen erteilt. Hierzu wird es nun auch in der Zukunft nicht kommen. Ein großer Erfolg!

4 Bohrgenehmigungen zu wissenschaftlichen Zwecken möglich. Die einzige Ausnahme des unbefristeten Verbots von unkonventionellem Fracking stellen vier Probebohrungen dar, die zu wissenschaftlichen Zwecken durchgeführt werden dürfen. Der jeweiligen Landesregierung obliegt hierbei aber die



Letztendscheidung, da sie mit Blick auf geologische Besonderheiten und öffentliches Interesse eine Probebohrung ablehnen darf. Somit ist davon auszugehen, dass in Schleswig-Holstein zukünftig keine Genehmigungen ausgesprochen werden.

Verbot von Öl Fracking = Gewinn für Schleswig-Holstein. Besonders das Verbot von Öl Fracking ist aus der Perspektive Schleswig-Holsteins eine enorme Verbesserung gegenüber dem ersten Gesetzentwurf, für die ich mich mit Nachdruck eingesetzt habe. Denn auch bei diesem Verfahren werden stabilisierende umweltgefährdende Stoffe verwendet, besonders wenn bereits genutzte Erdölbohrungen reaktiviert und die letzten „Tropfen“ heraus gefördert werden. Nun können wir verhindern, dass Unternehmen in Schleswig-Holstein Erdölbohrungen durchführen. Dies ist ein bedeutender Fortschritt.

Verschärfte Umweltauflagen bei konventionellem Fracking. Das beschlossene Gesetzespaket beinhaltet außerdem signifikante Verschärfungen für das konventionelle Fracking von Erdgas, das seit den 1960er Jahren insbesondere in Niedersachsen praktiziert wird. Dieses wird von nun an nur noch unter erhöhten Umweltschutzanforderungen möglich sein.

Komplettverbot von Fracking wo Trinkwasserquellen betroffen sind. Für die öffentliche Wasserversorgung wird sichergestellt, dass in allen Einzugsgebieten von Wasserentnahmestellen wie Talsperren, natürliche Seen und Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten jegliche Art von Fracking generell und permanent ausgeschlossen wird.

Re-evaluierung 2021. In fünf Jahren ist eine Re-evaluierung des Gesetzes angedacht, um zu überprüfen ob das Verbot noch verhältnismäßig ist. Wichtig hierbei ist jedoch, dass es keine Befristung darstellt, sondern lediglich die Option für eine Re-evaluierung angedacht ist. Das Verbot ist zeitlich unbegrenzt.

Dr. Malecha-Nissen: „Unser Gesetz schafft nun endlich eine umfassende verbindliche Regelung und Rechtssicherheit für die Unternehmen und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Ort. So können wir wirksamen Schutz für Mensch und Umwelt gewährleisten.“

Bildunterschrift:

Mit dem schleswig-holsteinischen Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume, Dr. Robert Habeck und Lutz Schlüsen, SPD-



Fraktionsvorsitzender des Kreistags Plön bei einer
gemeinsamen Veranstaltung zum Fracking.